

Schluss mit Beratung Keine Hilfe mehr bei Hauskäufen

An der Budgetdebatte von Mittwochnacht haben Bürgerliche, Grünliberale und AL den Jahresbeitrag von 150 000 Franken für die Beratungsstelle Aproproprio gestrichen. Diese startete vor gut einem Jahr ihre Arbeit. Sie soll Mieter, deren Haus verkauft wird, unterstützen, dieses selber zu erwerben. So verhinderten sie eine Verteuerung ihres Wohnraums. Der Stadtrat gründete Aproproprio auf Anregung eines SP-Vorstosses.

Die Stelle habe eine äusserst bescheidene Wirkung, sagten die Gegner. Bisher habe sie erst einen Kauf einfädeln können – den einer Liegenschaft, die in spätestens 20 Jahren

abgerissen werde, weil sie auf einer geplanten Buslinie liege. Das Geld für die Stelle lohne sich nicht. SP und Grüne fanden, dass es noch zu früh sei, um ein Fazit zu ziehen.

Aproproprio ist der städtischen Stiftung für preiswerten Wohnraum (PWG) angegliedert. «Wir bedauern, wenn wir nicht die ganze vorgesehene Pilotphase von drei Jahren durchführen können», sagt PWG-Sprecher Kornel Ringli. Der Markt für solche Hauskäufe sei relativ klein. Und Aproproprio müsse erst bekannt werden. «Mit 17 Gesprächen und einem Kauf im ersten Jahr sind wir gut gestartet.» (*bat*)